

# Corona und Föderalismus

In einem Staat kann fast alles zentral auf Bundesebene entschieden werden. Oder man überträgt viele Zuständigkeiten an Länder und Gemeinden. In Österreichs Corona-Politik will man sowohl das eine als auch das andere. Dadurch bleibt eine klare Strategie gegen die Pandemie auf der Strecke.



**1** Führende Mediziner sagen, dass es bei den Maßnahmen im Kampf gegen Corona um Schnelligkeit geht. Mike Ryan, Direktor in der Weltgesundheitsorganisation, betont seit einem Jahr gebetsmühlenartig die Wichtigkeit von sofortigen Entscheidungen. Sonst bekämpft man immer nur Wildformen und Mutationen des Virus, die bereits außer Kontrolle sind. Allzu zeitraubende Verhandlungen von Bund und Ländern passen da nicht.

**2** Zugleich steigt das Risiko des zu langen Nichtstuns, wenn in Gesprächen von Bundeskanzler Sebastian Kurz, Gesundheitsminister Rudolf Anschober und allen Landeshauptleuten alle Beteiligten Hintergedanken hegen, wer für welche Maßnahmen verantwortlich gemacht wird. „Das müssen die Länder organisieren!“ und „Wir brauchen klare Vorgaben der Bundesregierung!“ ist eine Gratwanderung zwischen gutem Zusammenspiel und dem Versuch, sich beim jeweils anderen abzuputzen, wenn's schieft.

**3** Es geht nicht darum, wer im Bund und den Ländern die Guten oder die Bösen sind! Genau dieses Denken führt ja zum gefährlichen Mikadospiel des Abwartens, wer was wann gegen das Coronavirus unternimmt. Zudem kommt jeder in Versuchung, nur selbst möglichst wenig Imageschaden zu haben. Liebe Politiker aller Parteien, aus Regierung und Op-



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

position und von Kanzler und Ministern bis zu den Bürgermeistern: Euer Problem ist momentan nicht, ob ein Konkurrent besser aussteigt, sondern Ihr habt in einer kippenden Stimmung allesamt zunehmend ein Negativimage!

**4** Ein Grundproblem des Föderalismus ist neben Machtkämpfen jedoch das gegenseitige Misstrauen. Historisch ist die Aufteilung von Kompetenzen einschließlich Doppelgleisigkeiten auch entstanden, weil ja die politischen Lager 1934 aufeinander geschossen hatten und viel zu viele Ex-Nazis herumliefen. Das ist Geschichte, nur hat sich das misstrauische Einander-Behalten bis zur Coronazeit gehalten.

**5** So ist es richtig und wichtig, dass mit Zeitzündung gemeinsam Coronamaßnahmen für die östlichen Bundesländer beschlossen werden. Ebenso positiv ist, dass Bundeskanzler Sebastian Kurz und der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig es schaffen, zusammen aufzutreten. Leider ist spür-

bar, dass sie sich nicht über den Weg trauen, ob nicht einer von beiden – oder beider Mitarbeiter – das in Wahrheit als mediale Inszenierung nutzt oder einseitig Journalisten Informationen zusteckt.

**6** Lassen wir mal beiseite, warum der Rest von Österreichs Bundesländern womöglich ignoriert, bei der Überlastung der Intensivstationen bloß später dran zu sein. Ähnlich schlimm mit halbherzigen Kompromissen ist es bei Corona, wenn Bundeskanzler, Gesundheitsminister und Landeshauptleute plus Oppositionelle um die Wette kommunizieren, was sie sowieso besser machen würden und allein die böse „Gegenseite“ – bei Corona geht es um schwere Erkrankungen und Menschenleben, also sollte es so etwas gar nicht geben – das verunmöglichen würde.

**7** Der Föderalismus ist Teil der österreichischen Verfassung, und das ist gut so. Demzufolge müssen Bundes- und Landesregierungen zusammenarbeiten, und das im Rahmen der bestehenden Gesetze. Die Frage ist, ob Probleme dabei rechtlich zu lösen sind oder nicht einfach „nur“ realpolitisch alles kompliziert ist. Seit Beginn der Pandemie wurde etwa das Epidemiegesetz zehnmal umgeschrieben und zahllose Coronagesetze geschaffen, um dem Gesundheitsminister mehr Durchgriffsmöglichkeiten zu ge-

ben. In der Realität wirkt Rudolf Anschober in jeder Hinsicht wenig befähigt, das zu nutzen.

**8** Kurios wird die Sache, wenn man betont, sich mit der Landeshauptleutekonferenz abzusprechen. Diese gibt es laut Verfassung gar nicht. Obwohl sie kurioserweise sogar in einzelnen – nicht coronabezogenen – Gesetzen unserer Republik erwähnt wird, ist sie ein informelles Treffen mächtiger Regionalpolitiker. Die dortige Absprache war oft parteiübergreifend „gegen den Bund“. Das hat sicher politisch oft Sinn gemacht, aber auch in der aktuellen Krise?

**9** Auch Deutschland ist ein föderalistisches System, wo gleichfalls zwischen Bund und Ländern gestritten wurde. Nun gibt es gar die Rücknahme der letzten Coronaregeln. Allerdings wurden heuer – trotz vergleichsweise kleinerer Infizierten- und Totenzahlen – bisher härtere Maßnahmen beschlossen, um das Sterben zu verringern. Warum nur, warum?

**10** Der deutsche Punkt ist: Ja, es gab Vorwürfe und Schuldzuweisungen, aber öfters klare Aussagen, dass der jeweils andere Bundes- oder Landespolitiker recht und man selber unrecht hatte. Wann hat man das bei uns je vom Bundeskanzler, Gesundheitsminister oder einem Landeshauptmann gehört?